

Stadt Heidelberg

Federführung:

Dezernat II, Amt für Stadtentwicklung und Statistik

Beteiligung:

Dezernat I, Amt für Wirtschaftsförderung und Beschäftigung

Dezernat II, Amt für Baurecht und Denkmalschutz

Dezernat III, Amt für Schule und Bildung

Dezernat III, Amt für Soziales und Senioren

Dezernat III, Kinder- und Jugendamt

Dezernat IV, Amt für Chancengleichheit

Betreff:

Bericht zur Sozialen Lage in Heidelberg 2010 - Entwurf

Informationsvorlage

Beschlusslauf

Die Beratungsergebnisse der einzelnen Gremien beginnen ab der Seite 2.2 ff.
Letzte Aktualisierung: 20. Dezember 2011

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Kenntnis genommen:	Handzeichen:
Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschuss, Sozialausschuss, Jugendhilfeausschuss	27.09.2011	Ö	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	
Ausschuss für Integration und Chancengleichheit	29.09.2011	Ö	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	
Ausländerrat/Migrationsrat	29.09.2011	Ö	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	
Gemeinderat	06.10.2011	Ö	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	
Sozialausschuss	13.10.2011	Ö	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	
Jugendgemeinderat	17.11.2011	Ö	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	

Gemeinderat	15.12.2011	Ö	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	
-------------	------------	---	---	--

Zusammenfassung der Information:

Der Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschuss, der Jugendhilfeausschuss, der Sozialausschuss, der Ausschuss für Integration und Chancengleichheit, der Ausländerrat/Migrationsrat sowie der Gemeinderat nehmen den Bericht zur Sozialen Lage in Heidelberg 2010 zur Kenntnis.

Sitzung des Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschusses, des Sozialausschusses und des Jugendhilfeausschusses vom 27.09.2011

Ergebnis der öffentlichen gemeinsamen Sitzung des Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschusses, des Sozialausschusses und des Jugendhilfeausschusses vom 27.09.2011

2 Bericht zur Sozialen Lage in Heidelberg 2010 - Entwurf Informationsvorlage 0126/2011/IV

Es melden sich zu Wort:

Stadtrat Holschuh, Stadtrat Krczal, Altstadträtin Bock, Stadtrat Cofie-Nunoo, Stadträtin Prof. Dr. Schuster, Stadtrat Dr. Weiler-Lorentz

Nach Vorstellung der Vorlage durch Bürgermeister Dr. Gerner und Frau Petri vom städtischen Amt für Stadtentwicklung und Statistik stellt Stadtrat Holschuh den Antrag die Beratungsfolge für die Informationsvorlage zu ändern. Stadtrat Holschuh betont die große Bedeutung des Berichtes zur Sozialen Lage in Heidelberg 2010 und ist der Meinung, dass aufgrund seines Umfangs und seiner vielen wichtigen Informationen für die zukünftige Ausrichtung der kommunalen Politik in Heidelberg eine entzerrte Beratungsfolge notwendig sei, um sich mit der Vorlage ausreichend beschäftigen zu können.

Bürgermeister Dr. Gerner schlägt vor, die Informationsvorlage im nächsten Sozialausschuss am 13. Oktober 2011 zur Kenntnis zu nehmen und stellt den **Antrag** wie folgt allen ordentlichen, stimmberechtigten Mitgliedern des Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschusses, des Sozialausschusses und des Jugendhilfeausschusses zur Abstimmung:

Die Beratungsfolge für die Informationsvorlage 0126/2011/IV wird so geändert, dass sie zunächst im Ausschuss für Integration und Chancengleichheit und im Ausländerrat/Migrationsrat behandelt wird und vor der Kenntnisnahme des Gemeinderates dem Jugendgemeinderat und dem Sozialausschuss am 13.10.2011 vorgelegt wird.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

gezeichnet
Dr. Joachim Gerner
Bürgermeister

Ergebnis: Kenntnis genommen mit Arbeitsauftrag an die Verwaltung

Sitzung des Ausschusses für Integration und Chancengleichheit vom 29.09.2011

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Integration und Chancengleichheit vom 29.09.2011

2 Bericht zur Sozialen Lage in Heidelberg 2010 - Entwurf Informationsvorlage 0126/2011/IV

Frau Petri stellt den Bericht zur Sozialen Lage in Heidelberg 2010 vor und legt im Ausschuss für Integration und Chancengleichheit den Schwerpunkt auf das Geschlechterverhältnis.

Es melden sich zu Wort:

Stadtrat Cofie-Nunoo, Stadtrat Holschuh, Stadtrat Michalski, Stadträtin Dr. Greven-Aschoff

Frau Petri beantwortet die Fragen der Mitglieder des Ausschusses für Integration und Chancengleichheit.

Stadtrat Holschuh wünscht sich eine Aufarbeitung der besonders problematischen Bereiche bis Anfang 2012, insbesondere wegen des Nord-Süd-Gefälles und eine Auswertung der Wirksamkeit samt der im letzten Bericht beschlossenen Maßnahmen.

Stadtrat Michalski bittet darum, dass der Kreativbeauftragter zum Sinus-Milieu Stellung nimmt und zwar zur Gruppe der Modernen Performer und Experimentalisten.

gezeichnet

Wolfgang Erichson
Bürgermeister

Ergebnis: Kenntnis genommen mit Arbeitsauftrag an die Verwaltung

Sitzung des Ausländerrates/Migrationsrates vom 29.09.2011

Ergebnis: Kenntnis genommen

Sitzung des Gemeinderates vom 06.10.2011

Ergebnis: durch Nachtrag bereits abgesetzt

Sitzung des Sozialausschusses vom 13.10.2011

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Sozialausschusses vom 13.10.2011

1 Bericht zur Sozialen Lage in Heidelberg 2010 - Entwurf Informationsvorlage 0126/2011/IV

Es melden sich zu Wort:

Stadtrat Holschuh, Stadtrat Krczal, Stadtrat Gund, Stadträtin Deckwart-Boller, Stadträtin Dr. Lorenz, Herr Ortseifen, Stadträtin Stolz

Nach eingehender Beratung und Beantwortung aller Fragen der Mitglieder des Ausschusses durch die Verwaltung schlägt Bürgermeister Dr. Gerner folgende weitere Vorgehensweise vor:

1. Die im 1. Bericht zur Sozialen Lage bzw. in der Folge eingeschlagene Strategie soll weiter verfolgt werden.
2. Bezüglich der in der Beratung angesprochenen Problematik „fehlender preisgünstiger Wohnraum“ sollte über den Sozialausschuss hinaus auch der Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschuss sowie der Bauausschuss eingebunden werden (Beschlüsse mit finanziellen Auswirkungen können nur dort gefasst werden).
3. Die in der Anlage 1 (**Anlage 1 zur Drucksache: 0079/2008/IV - jetzt Anlage SE 1 zur Drucksache: 0126/2011/IV**) zur Vorlage „Handlungsprogramm gegen Armut und soziale Ausgrenzung – Sachstand aufgeführten Maßnahmen sollen durch die Fachämter aktualisiert werden.
4. Weitergehende Maßnahmen mit finanziellen Auswirkungen über das Jahr 2012 hinaus sind in den Haushaltsplanberatungen 2013/2014 zu berücksichtigen.

gezeichnet
Dr. Joachim Gerner
Bürgermeister

Ergebnis: Kenntnis genommen mit Arbeitsauftrag an die Verwaltung

Sitzung des Jugendgemeinderates vom 17.11.2011

Ergebnis: Kenntnis genommen

Sitzung des Gemeinderates vom 15.12.2011

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates am 15.12.2011:

4 Bericht zur Sozialen Lage in Heidelberg 2010 - Entwurf Informationsvorlage 0152/2011/IV

Es meldet sich zu Wort:
Stadträtin Deckwart-Boller

Oberbürgermeister Dr. Würzner verweist auf den Arbeitsauftrag aus dem Sozialausschuss vom 13.10.2011. Dieser beinhaltet:

1. Die im 1. Bericht zur Sozialen Lage beziehungsweise in der Folge eingeschlagene Strategie soll weiter verfolgt werden.
2. Bezüglich der in der Beratung angesprochenen Problematik „fehlender preisgünstiger Wohnraum“ sollte über den Sozialausschuss hinaus auch der Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschuss sowie der Bauausschuss eingebunden werden (Beschlüsse mit finanziellen Auswirkungen können nur dort gefasst werden).
3. Die in der Anlage 1 (**Anlage 1 zur Drucksache: 0079/2008/IV - jetzt Anlage SE 1 zur Drucksache: 0126/2011/IV**) zur Vorlage „Handlungsprogramm gegen Armut und soziale Ausgrenzung – Sachstand“ aufgeführten Maßnahmen sollen durch die Fachämter aktualisiert werden.
4. Weitergehende Maßnahmen mit finanziellen Auswirkungen über das Jahr 2012 hinaus sind in den Haushaltsplanberatungen 2013/2014 zu berücksichtigen.

Ferner sagt er zu, alle schulpolitischen Maßnahmen mit dem Beratungsgremium Runder Tisch Schulentwicklung in enger Abstimmung vorzunehmen (Sachantrag von Bündnis 90/Die Grünen und gen.hd – Anlage 4 zur Drucksache 0126/2011/IV)

gezeichnet
Dr. Eckart Würzner
Oberbürgermeister

Ergebnis: Kenntnis genommen mit Arbeitsauftrag an die Verwaltung

A. Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg

1. Betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes

Nummer/n: (Codierung)	+ / - berührt:	Ziel/e:
SOZ 1	+	Armut bekämpfen, Ausgrenzung verhindern Begründung: Um die bestehenden Handlungsansätze zur Überwindung von Benachteiligungen zu optimieren und fortzuentwickeln, ist eine umfassende Information über die soziale Lage in Heidelberg notwendig.

2. Kritische Abwägung / Erläuterungen zu Zielkonflikten:

keine

B. Begründung:

Die Bekämpfung der Auswirkungen von Armut ist eine zentrale Aufgabe kommunaler Sozialpolitik in Heidelberg. Die Stadt darf nicht nur den Starken und Erfolgreichen etwas bieten. Sie trägt auch Verantwortung für diejenigen, die sich am wirtschaftlichen Leben - aus welchen Gründen auch immer - nicht oder nur gering beteiligen können.

Hierfür ist es erforderlich, entsprechend dem Auftrag des Gemeinderates in regelmäßigen Abständen die Teilhabechancen der einzelnen sozialen Gruppen in dieser Stadt näher zu betrachten. Genau dies will der vorliegende zweite Bericht zur Sozialen Lage in Heidelberg.

2007 wurde dem Gemeinderat erstmals ein Bericht dieser Art vorgelegt. Er griff auf Daten aus dem Jahr 2005 zurück, den ersten verfügbaren Daten nach der großen Arbeitsmarkt- und Sozialreform von 2004. Der Bericht hatte eine große Resonanz und bewirkte eine Verstärkung und Bündelung des Engagements der Stadtverwaltung, der beiden Kirchen sowie zahlreicher sozialer Institutionen und ehrenamtlich Engagierter, vor allem auch im Süden der Stadt.

Die Stadtverwaltung legte im Herbst 2008 ein Handlungsprogramm gegen Armut und soziale Ausgrenzung vor, das mit rund 120 Maßnahmen auf der operativen Ebene in den drei Handlungsfeldern Wohnen, Bildung, Arbeit die Substanz des sozialen Netzwerkes sichern soll. Darüber hinaus wurden auf strategisch-konzeptioneller Ebene die Familienoffensive und die regionale Bildungslandschaft ins Leben gerufen und mit ersten Maßnahmen umgesetzt, der kommunale Integrationsplan verabschiedet, und der Gleichstellungs-Aktionsplan ging in die Umsetzung. Zudem wurden bestehende Maßnahmen effizienter miteinander verknüpft und passgenauer gestaltet. Im Zuge der Haushaltsberatungen 09/10 wurden darüber hinaus neue, ergänzende Maßnahmen beschlossen. Die Broschüre „Wo gibt's Unterstützung, wenn's nicht reicht?“, in der die Mehrzahl der Maßnahmen gut und überschaubar verzeichnet ist, wurde mittlerweile in der dritten Auflage gedruckt.

Wie stellt sich die soziale Lage in der Stadt vier Jahre später dar? Wie hat sich die Finanz- und Wirtschaftskrise seit 2008 ausgewirkt? Welche Veränderungen gab es? Wem geht es heute besser? Wem schlechter? Diese und andere Fragen will der zweite Bericht zur Sozialen Lage aufgreifen. Er möchte allen politischen Entscheidungsträgern und Akteuren vor Ort die für sie notwendige Information zusammenstellen und dazu beitragen, dass das Thema Armut in einer wohlhabenden Stadt wie Heidelberg nicht übersehen wird.

Die Berichterstellung wurde von einem Arbeitskreis unter der Leitung von Bürgermeister Dr. Gerner begleitet. Dort sind neben den Geschäftsführer/innen der Liga der Freien Wohlfahrtspflege, das örtliche Jobcenter sowie die GGH, der Ausländerrat / Migrationsrat sowie der Beirat von Menschen mit Behinderungen auch das Amt für Soziales und Senioren, das Kinder- und Jugendamt, das Bürgeramt, das Amt für Schule und Bildung, das Amt für Baurecht und Denkmalschutz, das Amt für Wirtschaftsförderung und Beschäftigung sowie das Amt für Chancengleichheit vertreten. Die Geschäftsführung lag beim Amt für Stadtentwicklung und Statistik.

Aufgrund einer Absage der Sitzung des Jugendgemeinderates am 20.09.2011 wird diese Vorlage in dem Gremium nicht beraten, seinen Mitgliedern jedoch zur Kenntnis gegeben. In der Gremienberatung am 27.09.2011 ist je ein Mitglied des Jugendgemeinderates im Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschuss sowie im Jugendhilfeausschuss vertreten.

Der Bericht wird auch dem Beirat von Menschen mit Behinderungen vorgestellt.

Der Bericht kommt zu folgenden Ergebnissen:

Trotz Finanz- und Wirtschaftskrise hat die Zahl der Armutsgefährdeten in Heidelberg nicht zugenommen

2009 waren in Heidelberg rund 11.300 Einwohner/innen arm oder armutsgefährdet. Sie stellen 7,7 % der Einwohner Heidelbergs, das heißt, jede 13. Person ist dazu zu rechnen. Diese Größenordnung entspricht in etwa der Einwohnerzahl der Altstadt. Mit dieser Quote liegt Heidelberg auf ähnlichem Niveau wie vor vier Jahren als der Wert bei 8,1 % lag.

Maßgeblich für dieses positive Ergebnis sind neben einer dynamischen Wirtschaftsentwicklung in Heidelberg die gesunkenen Wohngeldempfänger- und Asylbewerberzahlen, die den Anstieg der Grundsicherungsleistungsempfänger/innen mehr als ausgleichen. Bei der Quotenberechnung macht sich zudem der Einwohneranstieg um 2,4% positiv bemerkbar. Auf 1.000 Heidelberger/innen kommen etwa 77 Armutsgefährdete.

Armut in Heidelberg im Vergleich weiterhin auf niedrigem Niveau

Im Vergleich zu anderen Großstädten, dem Land und dem Bund bewegt sich Armut in Heidelberg weiterhin auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau. Im Land waren 2009 rund 14,1 % gemäß Mikrozensus der Einwohner/-innen armutsgefährdet, im Bund lag die Rate mit 14,6 % fast doppelt so hoch wie in Heidelberg. Auch bei der Armutsdichte, gemessen an der Summe der Grundsicherungsempfänger/-innen aus SGB II und SGB XII je 1000 Einwohner, steht Heidelberg vergleichsweise gut da. Nur Ulm liegt noch niedriger. Dort sind die älteren Grundsicherungsempfänger weniger angestiegen als hier.

Armut bleibt räumlich konzentriert

Bereits im letzten Bericht zur Sozialen Lage wurde festgestellt, dass die von Armut gefährdeten Personen sich auf wenige Stadtteile konzentrieren. Im Vergleich zu vor vier Jahren haben sich die Abstände zwischen den einzelnen Stadtteilen sogar vergrößert. Die Kluft in der Heidelberger Gesellschaft ist somit größer geworden.

Armut verfestigt sich zunehmend

Für viele Hilfebedürftige ist ein Bezug von Grundsicherungsleistungen zum Normalfall geworden, dabei überwinden Männer Hilfebedürftigkeit schneller als Frauen. Über ein Drittel der ALG II-Bezieher/-innen bekommen diese Unterstützung bereits seit vier Jahren. Ihre gesellschaftlichen Teilhabemöglichkeiten in vielen Lebensbereichen sind damit dauerhaft eingeschränkt.

Ausländer/-innen haben weiterhin höheres Armutsrisiko, aber ein geringeres als 2005, zudem fällt eine hohe Konzentration auf wenige Nationalitäten auf

Bei den ausländischen Armutsgefährdeten ist man nach wie vor auf Schätzungen angewiesen, die stark von schwankenden Asylbewerberzahlen beeinflusst werden. Im Vergleich zu 2005 ist die Zahl an ausländischen armutsgefährdeten Personen aber infolge der dynamischen Entwicklung des Arbeitsmarktes und des verbesserten Zugangs von manchen Ausländergruppen dazu deutlich zurückgegangen. Ihre geschätzte Armutsquote sank überdurchschnittlich von 12 % auf 10,6 %, liegt aber noch höher als der gesamtstädtische Schnitt. Im Bildungsbereich, bei der Erwerbssituation und Einkommenssituation zeichnet sich eine Annäherung der Lebenslagen von Ausländern und Deutschen ab, wenn auch nur in kleinen Schritten.

Anteil der Kinder, die Sozialgeld beziehen, stagniert

Kinder und Jugendliche haben in Heidelberg unter allen Altersklassen, wie auch 2005 und in der Bundesrepublik, das höchste Risiko, armutsgefährdet zu sein. Für Kinder und Jugendliche ist das Armutsrisiko mehr als doppelt so hoch wie für ältere Menschen. Auch wenn die Schätzungen Unschärfen enthalten, so bleibt festzuhalten, dass fast jedes siebte Kind unter 18 Jahren in Heidelberg arm oder armutsgefährdet ist, rund 2.800 Kinder.

Immerhin ist ihr Anteil an der Altersgruppe, die auf Sozialgeld angewiesen ist, mit 12 % seit drei Jahren stabil und gegenüber 2005 kaum angestiegen. Auch wenn es stadtweit kaum mehr Sozialgeldkinder gibt, ist in einzelnen Stadtteilen ein Anstieg der Zahl der Kinder zu verzeichnen, für die Leistungen nach SGB II bezogen werden.

Sinkende Quoten und Anteile bei den jungen Arbeitslosen

Die sinkenden Anteile und Quoten bei den unter 25-jährigen Hilfebedürftigen bestätigen den Abnahmetrend bei den jungen Arbeitslosen im Rechtskreis des SGB II. Hier zeigen sich die Erfolge verschiedenster Arbeitsmarktakteure bei der Verhinderung der Jugendarbeitslosigkeit. Die Arbeitslosenquote dieser Altersgruppe liegt halb so hoch wie die gesamtstädtische.

Zunahme an Armutsgefährdeten bei den über 64-Jährigen, aber immer noch ein geringes Armutsrisiko

Eine deutliche Zunahme von 18% ist bei den Empfänger/-innen von Grundsicherungsleistungen im Alter und bei Erwerbsminderung außerhalb von Einrichtungen seit 2005 bei den über 64-Jährigen zu verzeichnen. Dieser Wert und auch die Tatsache, dass unter den 50 - 64 Jährigen, der Abstand zu den landesweiten Befunden des Mikrozensus am geringsten ist, zeigen, dass hauptsächlich die Zahl der älteren Menschen unter den Armutsgefährdeten steigt und auch noch weiter ansteigen wird. Dennoch bleibt festzuhalten, dass über 64-Jährige derzeit mit rund 6% noch ein geringes Armutsrisiko in Heidelberg haben.

Alleinerziehende überproportional armutsgefährdet

Unter den Haushaltstypen sind Alleinerziehende auch in Heidelberg überrepräsentiert. Sie haben - wie auch bei den landes- und bundesweiten Erhebungen festgestellt - ein weit überdurchschnittliches Armutsrisiko. 84 % aller Alleinerziehenden in Heidelberg sind Frauen.

Absolut mehr Frauen, relativ mehr Männer mit Armutsrisiko

Bei der Summe der Grundsicherungsempfänger/innen nach SGB XII (außerhalb von Einrichtungen) und SGB II ist das Geschlechterverhältnis 2009 vollständig ausgeglichen. Nimmt man noch die anderen Transferleistungsbezieher/innen, Obdachlose und die Dunkelziffer zur Berechnung der Armutsgefährdeten hinzu, sind schätzungsweise 50,7 % von ihnen Frauen, 49,3 % Männer. Nachdem unter den Einwohnern die Frauen mit 52,7 % überwiegen, sind Männer somit leicht überproportional mit einer Quote von 8 % armutsgefährdet. Bei Frauen liegt diese geschätzte Quote in Heidelberg bei 7,4 %. Wie der Bericht gezeigt hat, können die Geschlechterverhältnisse für einzelne Gruppen durchaus anders aussehen.

Wohlstand in Heidelberg ist ungleich verteilt

Die Heidelbergerinnen und Heidelberger schätzen im Rahmen von Bürgerbefragungen ihre wirtschaftliche Lage überwiegend als gut ein und noch besser als 2005. Insgesamt bezeichnete nur noch jede/r elfte Befragte die eigene wirtschaftliche Situation als schlecht. Ausländer/-innen und unter 34-Jährige bewerten sie negativer als alle anderen Gruppen, Senioren am positivsten. Unterdurchschnittlich zufrieden sind Frauen.

Arm trotz Arbeit

Auch in Heidelberg gibt es sie, die working poor. Über ein Viertel (28,1 %) aller erwerbsfähigen Hilfebedürftigen, die Leistungen nach SGB II erhalten, sind gleichzeitig erwerbstätig, das sind mehr als 1.600 Personen. Unter diesen arbeitenden Armen finden sich anteilig mehr Frauen und ausländische Mitbürger/-innen. Trotz eigenem Einkommen sind diese Personen auf die Unterstützung durch Grundsicherungsleistungen nach SGB II angewiesen.

Heidelberger Wohnkosten große Belastung für einkommensschwache Haushalte

Für rund 1.700 Haushalte ist die Mietbelastung aufgrund eines geringen Einkommens so hoch, dass sie Wohngeld beziehen. 60 % unter ihnen sind schätzungsweise armutsgefährdet. Trotz Wohngeldzahlungen gibt es alleine rund 500 Haushalte, die 35 % oder mehr ihres Einkommens für die Miete aufwenden müssen.

Auch der Heidelberger Wohnungsmarkt trägt durch die starken räumlichen Disparitäten im Mietpreisniveau und bei der Verteilung von Sozialwohnungen dazu bei, dass unterschiedliche Lebenswelten und gesellschaftliche Teilhaben weit auseinander liegen und bewirkt, dass Armut nur ungenügend wahrgenommen wird.

Tendenz zu immer höherwertigen Bildungsabschlüssen, aber Bildungschancen noch ungleich

Insgesamt haben sich die bereits traditionell besonders guten Bildungschancen für Heidelberger Kinder im Berichtszeitraum verbessert.

Nicht zuletzt durch erfolgreiche Schulsozialarbeit gibt es immer weniger Abgänger/innen ohne Hauptschulabschluss. Wie auf Landesebene ist eine Tendenz zu immer höherwertigen Abschlüssen feststellbar.

Auch bei den ausländischen Schüler/-innen lässt sich im Zeitverlauf eine klare Tendenz zu besserer schulischer Ausbildung in Form höherer Abschlüsse erkennen, die im Moment am deutlich gestiegenen Anteil Mittlerer Abschlüsse und einem steigenden Anteil an Übergängen aufs Gymnasium unter den ausländischen Viertklässlern ablesbar ist.

Dennoch gilt nach wie vor auch in Heidelberg, dass ausländische Schüler/-innen in Gymnasien und bei den hochschulqualifizierenden Abschlüssen unterrepräsentiert, bei den Abgänger/-innen ohne Abschluss und in den Hauptschulen überrepräsentiert sind.

Langfristig ist weiterhin mit konstantem Armutsfaktor zu rechnen

Ein ganzes Bündel verschiedener Faktoren beeinflusst das Ausmaß an Armutsgefährdung. Gerade die letzten Jahre zeigen, dass die Zahl Armutsgefährdeter nicht ausschließlich von der wirtschaftlichen Entwicklung bestimmt wird, sondern auch weitere gesellschaftliche Faktoren wie die Lohn- und Rentenentwicklung, der demografische Wandel, die politische Lage in anderen Ländern und individuelle Faktoren wie die Erwerbsbiographie oder die individuelle Qualifikation eine wichtige Rolle spielen, auf die die Kommune nur beschränkt Einfluss hat. So wird die Zahl älterer Menschen deutlich zunehmen, von denen auch infolge diskontinuierlicher Erwerbsbiografien sowie langandauernder Arbeitslosigkeit deutlich mehr Personen auf Leistungen der Grundsicherung angewiesen sein werden. Deshalb muss auch weiterhin mit einer ähnlichen Armutsgefährdungsquote gerechnet werden. Mehr als ein Drittel aller erwerbsfähigen Hilfebedürftigen lebt schon vier Jahre und länger von Transferleistungen, und ein Drittel aller erwerbsfähigen Hilfebedürftigen ist arm trotz Arbeit. Gerade was die Erwerbsbiographie betrifft, kumulieren bei Frauen zahlreiche Armutsrisiken infolge ihrer Dominanz bei Teilzeit- und geringfügiger Beschäftigung, welche sich in einem deutlich geringeren Arbeitsvolumen als bei Männern niederschlagen und einem höheren Risiko in gering entlohnten Arbeitszweigen zu arbeiten.

Konsequenzen aus dem Bericht

Substanzerhalt des bestehenden Netzwerkes zur Armutsprävention und Armutsbekämpfung

Im Vergleich zu den anderen Stadtkreisen Baden-Württembergs steht Heidelberg nach wie vor sehr gut da, was das Armutsrisiko betrifft. Dieses Ergebnis wäre nicht ohne den Einsatz der verschiedenen Fachämter sowie dem großen Engagement der Wohlfahrtsverbände, des Jobcenters, der Kirchen, der Netzwerke und bürgerschaftlichen Initiativen und der Vielzahl an Maßnahmen, die häufig weit über das in anderen Städten übliche Maß hinausgehen denkbar. Besonders hervorzuheben sind hierbei die Familienoffensive, das weit überdurchschnittliche Betreuungsangebot für Kinder, die Angebote zur Elternarbeit, die flächendeckende Schulsozialarbeit an allen Grund- und Hauptschulen, die Qualitätssicherung in Heidelberger Kindertagesstätten QUASI, die Kita-Suchmaschine im Internet, der Heidelberg Pass+ mit vielen Vergünstigungen für einkommensschwache Familien, die Beitragsfreiheit im letzten und vorletzten Kindergartenjahr, die kleinräumig differenzierte Anerkennung der Wohnkosten bei SGB II – Empfängern, die flächendeckende Ausstattung an Seniorenzentren und anderes mehr. Deshalb sollte es auch ein primäres Ziel sein, die vielfältigen Programme und Maßnahmen und das schon bestehende breite Angebot der Heidelberger Bildungs-, Betreuungs-, Kinder-, Jugend-, Familien-, Beschäftigungs-, Wohnungs-, Sozial- und Seniorenpolitik zu erhalten und passgenau auf Basis der vorliegenden Ergebnisse weiter zu entwickeln. Hierbei sind vor allem die Ergebnisse nach Stadtteilen, Alter, Geschlecht und Nationalität zu berücksichtigen. Auch der Arbeitskreis Soziale Lage wird sich weiter mit den Ergebnissen auseinandersetzen.

Die Bekämpfung der Auswirkungen von Armut braucht einen langen Atem. Es gilt den begonnenen Weg, konsequent weiter zu gehen. Dazu gehört auch die Umsetzung des Gleichstellungsaktionsplanes und des kommunalen Integrationsplanes mit Maßnahmen wie z. B. der Hausaufgabenbetreuung und Nachhilfe für Flüchtlingskinder, den Elternmentoren, Schulpaten oder Integrationspaten, Projekten zum gelingenden Berufseinstieg und zum geschlechtsstereotypen Berufswahlverhalten und vielen mehr. Für die Armutsprävention wichtig sind vor allem die Schwerpunkte im Bereich Bildung und Sprachförderung sowie Ausbildung und Arbeitsmarkt.

Die begrenzten Einflussmöglichkeiten der Kommune offensiv nutzen

Der Bericht führt allerdings einmal mehr vor Augen, dass die Stadt bei weitem nicht alle Problemlagen, die mit Armut verbunden sind, aus eigener Kraft lösen kann. Es sind ihr hier nicht nur finanzielle Grenzen gesetzt.

Betrachtet man die aufeinander folgenden Lebensphasen der Menschen sowie die damit verbundenen Lebenslagen, so ist der Gestaltungsspielraum der Stadt jeweils unterschiedlich ausgeprägt. Einen großen Handlungsspielraum unter allen Altersgruppen hat sie in der Phase Kindheit/Jugend mit damit verbundenen Einwirkungsmöglichkeiten auf die Lebenslagen von Familien.

Angesichts der Tatsache, dass Kinder und Jugendliche in Heidelberg das größte Armutsrisiko tragen, ist es richtig, dass die Stadt hier ihren Handlungsspielraum ausschöpft und dafür sorgt, dass diese Kinder größtmögliche Teilhabe- und Bildungschancen erhalten, damit sich Armut und womöglich Ausgrenzung nicht über Generationen hinweg vererbt.

Bereits für die Kleinsten wird durch gezielte Förderung und Qualitätssicherung in den Krippen und Kindergärten auf Chancengleichheit hingewirkt.

Einen Beitrag zu mehr Chancengerechtigkeit im Bildungssystem bieten die vielfältigen Unterstützungssysteme und -angebote wie die Sprachförderung an Grundschulen, das Heidelberger Unterstützungssystem Schule (HÜS) und die Hochbegabtenförderung.

Das Regionale Bildungsbüro mit seinen Schwerpunktaufgaben bei der Gestaltung von Übergängen in der Bildungsbiografie und das Amt für Wirtschaftsförderung und Beschäftigung mit seinem Fokus auf mittelstandsorientierten Projekten zum Übergang Schule/Hochschule – Beruf tragen zur Verbesserung der Chancen schulischer sowie beruflicher Bildung bei.

Auch die Ausweitung des Heidelberg - Passes hat die Teilhabe- und Startchancen in den letzten vier Jahren deutlich verbessert. Weiterhin ist künftig eine offensive Bildungspolitik wichtig, darunter Sprachförderung und Schulsozialarbeit sowie Unterstützung beim Übergang von Schule zu Beruf.

Inklusion vorantreiben

Die Stadt Heidelberg möchte die im März 2009 in Kraft getretene UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderungen in Deutschland in allen Handlungsfeldern der Stadtentwicklung umsetzen. Die individuelle Unabhängigkeit, die Teilhabe in der Gesellschaft, sowie die Barrierefreiheit und Chancengleichheit von Menschen mit Behinderung sollen nach und nach verwirklicht werden. Auf dem Weg zur Inklusion gibt es innerhalb der Bildungsregion Heidelberg vielfältige Erfahrungen mit gemeinsamen Lernen von behinderten und nichtbehinderten jungen Menschen im frühkindlichen, schulischen und berufsvorbereitenden Bereich, die Vielfalt als Chance begreifen und dazu beitragen, den bestmöglichen Bildungserfolg für jedes Heidelberger Kind zu sichern. Eine Arbeitsgruppe des Amtes für Schule und Bildung unter Beteiligung der PH Heidelberg, des Staatlichen Schulamtes Mannheim und Heidelberger Schulleitungen erarbeitet derzeit eine entsprechende Konzeption zum Themenbereich „Inklusion“.

Teilhabechancen von Älteren garantieren

In der Phase des Erwerbslebens ist der Handlungsrahmen für die Stadt begrenzter. Die Stadtverwaltung wird weiter das staatliche Handeln des Jobcenters, der Arbeitsagentur und der Rehabilitationsträger ergänzen und unterstützen, die strukturellen und gesamtwirtschaftlichen Probleme des lokalen Arbeitsmarkts aber allein nicht lösen können.

Mehr Möglichkeiten gibt es für die Lebensphase 65 plus, also das sogenannte Dritte und Vierte Alter. Hier tut sich aufgrund der demografischen Entwicklung ein zunehmend wichtiger werdendes Handlungsfeld auf.

Das umlagefinanzierte Rentensystem mit seinem Problem der Gerechtigkeit zwischen den Generationen kann die Kommune von sich aus nicht verändern, um so wichtiger wird die Gewährleistung der Teilhabe älterer Menschen am kulturellen und sozialen Leben, unter Beachtung der unterschiedlichen Anforderungen und Bedürfnisse für das Dritte und Vierte Alter. Denn Armut lässt sich auch im Alter nicht nur an der Einkommensverteilung fest machen, sondern auch an individuellen und kollektiven Unterversorgungslagen in zentralen Lebensbereichen.

Weiterentwicklung der Sozialplanung für ältere Menschen in Heidelberg

Die Sozialplanung für ältere Menschen in Heidelberg orientiert sich an dem Leitgedanken, die Menschen dort abzuholen, wo sie leben und ihre sozialen Bezüge haben. Eine sozial integrative Gestaltung der Lebensbedingungen erfordert einen Mix aus lebenslagen-, zielgruppen- und sozialraumbezogenen Eingriffen. Das heißt konkret:

1. Inklusion zur Vermeidung von Isolation und Vereinsamung, ansetzen an den Ressourcen.
2. Dezentralität, damit auch bei Einschränkungen die Angebote genutzt werden können.
3. Stärkung des Gemeinschaftsgedankens zum Nutzen aller bei begrenzten finanziellen Ressourcen; aktives Handeln von Bürgerinnen und Bürgern ermuntern und unterstützen.
4. Fokus auf die Entwicklung der Nachbarschaften, der sozialen Bezüge, der Netzwerke und der Infrastruktur.
5. Abfrage und Einforderung des Erfahrungswissens von Älteren zum Nutzen für das Gemeinwohl.

Das bedeutet unter anderem, dass die wohnortnahe Infrastruktur den Bedürfnissen angepasst und aktivierende Angebote sowie Angebote der ambulanten und (teil-)stationären Versorgung in ausreichendem Maße vorgehalten, entwickelt und - wo möglich - ausgebaut werden müssen. Darüber hinaus gilt es Strukturen mit Aufforderungscharakter zu schaffen, die Lust auf Beteiligung und das Sich-Einbringen machen.

Das Dezernat III plant im Frühjahr 2012 hierzu eine Vorlage. Diese entwickelt auf Grundlage der seitherigen Seniorenpolitik kommunalpolitische Perspektiven für die nächsten Jahre. Themen wie Aktivität, Bürgerschaftliche Beteiligung, wie gestaltet sich das generationsübergreifende Miteinander, Alter und Gesundheit sollen dabei unter anderen aufgegriffen werden.

gezeichnet

Bernd Stadel

Anlagen zur Drucksache:

Nummer:	Bezeichnung
A 01	Bericht zur Sozialen Lage in Heidelberg 2010 - Entwurf
A 02	Inhaltlicher Antrag CDU-Fraktion vom 08.11.2011
A 03	1. Ergänzung zur Drucksache: 0126/2011/IV
A 04	Inhaltlicher Antrag der Fraktionsgemeinschaft Grüne/gen.hd vom 15.12.2011 (Tischvorlage in der Sitzung des Gemeinderates vom 15.12.2011)

Anlagen zu Sitzungsergebnissen:

Nummer:	Bezeichnung
A SE 1	Handlungsprogramm gegen Armut und soziale Ausgrenzung (Anlage 1 zur

	Drucksache: 0079/2008/IV)
--	----------------------------------